

land sei der größte Handelspartner Chinas in Europa; sein Handelsvolumen mit China habe sich 1996 auf weit über 20 Mrd. DM belaufen. Deutschland sei auch das Land in Europa, aus dem China die meisten Technologien einführe. Deutschland unterhalte in China mehr als 1.500 Projekte mit direkter Kapitalbeteiligung, wobei der Schwerpunkt auf dem Verkehrs-, Telekommunikations-, Energiewirtschafts- und Infrastrukturbereich liege. VW Shanghai, ferner das Lufthansa-Joint Venture zur Wartung chinesischer Flugzeuge (Ameco), das Siemens-Joint Venture zum Bau von Telefonschaltanlagen (Bisc) und andere Projekte seien Beispiele solcher erfolgreicher Zusammenarbeit.

Deutschland führe in China außerdem mehr als 160 Projekte der Entwicklungshilfe durch, wobei immer wieder neue Formen der Zusammenarbeit erprobt würden. Auch auf wissenschaftlich-technischem Gebiet gebe es eine enge Kooperation. 1997 hätten beide Länder das Dialogforum für Hochtechnologie ins Leben gerufen. Je rund 100 Hochschulen hätten auf beiden Seiten Partnerschaften geschlossen. Auch die Zusammenarbeit in der Berufsausbildung habe sich bemerkenswert gut entwickelt.

Zwischen Ländern, Provinzen und Städten bestünden mittlerweile 34 Partnerschaften.

Auch auf dem Gebiet der Außenpolitik arbeiteten beide Seiten eng zusammen, nicht zuletzt in wichtigen globalen Fragen wie bei der Nichtverbreitung von ABC-Waffen, bei der Abrüstung, Drogenbekämpfung oder beim Umweltschutz.

China trete für eine gewichtigere Rolle Deutschlands in der internationalen Politik ein und habe außerdem (was so nicht stimmt!) auch „für die deutsche Wiedervereinigung stets Sympathie und Verständnis gezeigt“. Deutschland unterstütze China bei der Fortsetzung seiner 1978 eingeleiteten Reformen, bei der außenpolitischen Öffnung und nicht zuletzt bei seinem Beitritt zur WTO. China nehme aus deutscher Sicht den „zentralen Platz in der Asienpolitik ein“.

Allerdings gebe es auch Unterschiede in den Kulturen, Ideologien, Werten sowie bei der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung. Doch seien solche Unterschiede nur normal in einer vielschichtigen Welt.

Beide wollten im Hinblick auf das 21. Jh. weiter eng zusammenarbeiten.

Mitte Oktober hielt sich BMZ-Minister Carl-Dieter Spranger in der Volksrepublik auf. China sei der größte Empfänger deutscher Entwicklungshilfe, hieß es dabei. Bisher sei die VRCh mit 1.12 Mrd. DM unterstützt worden. Ferner habe Deutschland 10.000 chinesische Techniker ausgebildet. Es bestehen Vereinbarungen, daß China von Deutschland weitere 3.33 Mrd. DM an finanzieller Unterstützung erhalte - das meiste Geld davon in weichen Krediten, der Rest von 423 Mio. DM als Schenkung. Für 1997 wurde ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge Deutschland der VR China 180 Mio. DM zur Verfügung stellt. Daneben sagte die Bundesrepublik eine Grathilfe in Höhe von 5 Mio. DM für Machbarkeitsstudien bei der Elektrifizierung der Harbin-Dalian-Eisenbahn in Nordostchina zu (XNA, 21.10.97). Bei einem Interview mit der Leipziger *Volkszeitung* (20.10.97) warnte Spranger vor einem „symbolischen Aktionismus“ in der Menschenrechtsfrage. -we-

Innenpolitik

5 Personalpolitische Manipulationen auf lokaler Ebene - Warnungen der Parteizentrale

Im Gefolge des XV. Parteitages und im Vorfeld der konstituierenden Tagung des neuen Nationalen Volkskongresses im März 1998 finden auf allen Ebenen und in allen wichtigen Organen des chinesischen Regierungssystems (Parteikomitees, KP-Disziplinarkontrollkommissionen, Regierungen, Volkskongresse, Politische Konsultativkonferenzen) umfassende Revirements statt. Betagte Funktionäre werden pensioniert, jüngere rücken in Spitzenpositionen auf. Unter den regionalen Regierungen wird schon seit Anfang des Jahres auf Weisung Beijings eine Ämterrotation durchgeführt, die dazu dienen soll, eine Verfestigung nepotistischer Strukturen auf lokaler Ebene zu hemmen. Mit Ausnahme der Regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing, deren Regierung gerade im Frühjahr erst neu errichtet wurde, müssen alle übrigen dreißig Verwaltungseinheiten auf Provinzebene Wahlen zu den örtlichen Volkskongressen und Regierungen durchführen.

Im Kontext dieser Revirements hat der in der Parteizentrale für Personal- und Organisationsaufgaben zuständige Hu Jintao (jüngstes Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros) vor verbreiteten personalpolitischen Manipulationen gewarnt. (*Guangjiaojing*, 1997/10, S.8; *Jingbao Yuekan*, 1997/11, S.28) Die Parteizentrale untersagte es strengstens, daß die Auswahl des Führungspersonals auf lokaler Ebene aufgrund von persönlichen Verbindungen, Austausch von Geschenken, Meinungsmache und Diffamierungen oder gar von Ämterkauf getroffen werde.

Brisant werden die anstehenden Umbesetzungen dadurch, daß die Mehrheit der Funktionäre, die um die Zeit der kommunistischen Machtübernahme 1949 ihre Arbeit in Partei und Regierung aufgenommen hatten, nun in den Ruhestand gehen wird. Es rücken Kader nach, die zu einem wesentlichen Teil durch die Erfahrungen der „Kulturrevolution“ und der Reformperiode geprägt sind, weniger stark aber durch das sozialistisch-bürokratische Entwicklungsmodell der fünfziger Jahre.

Funktionäre in Leitungspositionen werden weiterhin durch die Parteikomitees und die KP-Organisationsabteilungen der übergeordneten Ebene benannt. Die endgültige Entscheidung über die Amtsübernahme fällt aber in Wahlen durch Parteigremien und Volkskongresse. Hier kommt es seit den achtziger Jahren insbesondere auf lokaler Ebene vermehrt zu Manipulationen, die sich in einem hektischen internen Lobbying um Stimmen bis hin zum Ämterkauf manifestieren.

Hu Jintao stellte im Oktober auf einer Konferenz zur Personalarbeit klar, daß die politische Integrität und Leistung (*zhengde zhengji*) sowie eine breite Akzeptanz die maßgeblichen Kriterien für die Auswahl von Führungskräften seien. Alle Unregelmäßigkeiten in der Personalauswahl von der Cliquenbildung über Diffamierungen bis hin zum Stimmenkauf würden einer strengen Überprüfung unterworfen. -hei-

6 Chinesische Nachwuchskader werden an amerikanischen „Business Schools“ fortgebildet

Bereits in den vergangenen Jahren hatte die Shanghaier Stadtregierung einzelne hochrangige Nachwuchsfunk-

tionäre (darunter Kader im Rang eines Stellvertretenden Bürgermeister) für mehrmonatige Fortbildungsmaßnahmen an „Business Schools“ und Universitäten in den Vereinigten Staaten entsandt.

Diese Praxis ist von einigen der führenden amerikanischen Management-schulen offenbar als Chance erkannt worden, um chinesische Nachwuchskräfte für die eigenen Methoden der Wirtschaftsorganisation und Unternehmensführung zu gewinnen und außerdem eine potentiell mächtige Alumni-Gruppe unter den chinesischen Absolventen zu kultivieren.

Die Wharton School of Business (University of Pennsylvania), die zu den führenden Management-schulen in den USA gehört, hat nun als erste Eliteausbildungsstätte einen Vertrag mit chinesischen Regierungsstellen über Fortbildungsmaßnahmen abgeschlossen. Die drei Kooperationsprogramme mit der Nationalen Verwaltungshochschule Beijing, der Provinzregierung Jiangsu und mit mehreren Shanghaier Staatskonzernen wurden anlässlich des USA-Besuchs von Präsident Jiang Zemin Ende Oktober publizitätswirksam aus der Taufe gehoben (siehe im Internet unter „<http://www.wharton.upenn.edu>“).

Ausgewählte Führungskräfte aus der Zentralregierung sowie aus Regierungsinstitutionen und Staatsbetrieben Shanghais und der Provinz Jiangsu werden an mehrwöchigen Managementkursen der Wharton School in China oder in den Vereinigten Staaten teilnehmen. 1998 sollen insgesamt 125 chinesische Führungskräfte weitergebildet werden. Amerikanische Professoren werden auch nach Beijing und Shanghai reisen, um vor Ort neue Strategien und Methoden des Managements zu vermitteln.

Die Wharton School übernimmt vorerst die Kosten für das Training der Beijinger Regierungsfunktionäre, während die Stadtregierung Shanghais und die Provinzregierung Jiangsus für die mehrwöchigen Kurse Gebühren entrichten werden. Die Management-schule hatte sich bereits vor Beginn des II. Weltkrieges in China engagiert und verfügt über ein weltweites Alumni-Netzwerk. -hei-

7 Nachtrag zu den ZK-Wahlen: Knapp sechs Prozent mehr Kandidaten als Mandate

Die über sehr gute Verbindungen in Beijing verfügende Hongkonger Zeitschrift *Guangjiaojing* (Weitwinkel) hat in ihrer Oktoberausgabe neue Angaben über die Wahlen zum XV. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gemacht. (GJJ, 1997/10, S.9)

Nach diesen wohl verlässlichen Informationen standen bei dem mehrstufigen Wahlverfahren (zu „Vorwahlen“ und „offiziellen“ Wahlgängen siehe „Der XV. Parteitag: Wachsende politische Risiken der Wirtschaftsreform“, in: C.a., 1997/9, S.857-864, bes. S.860) den 193 verfügbaren Mandaten für ZK-Vollmitglieder 204 Bewerber gegenüber. Elf Listenkandidaten (5,7%) mußten also ausscheiden.

Auf den vorangegangenen Parteitag 1987 und 1992 hatte die Zahl der Listenkandidaten die der verfügbaren Mandate nur um sechs bis sieben überschritten. Die Auswahlmöglichkeiten für die Parteitag-delegierten waren also diesmal etwas größer als zuvor, bewegen sich aber immer noch in einem äußerst engen Rahmen. -hei-

8 Religionsfreiheit: Weißbuch der Regierung und Bericht von Human Rights Watch

Als Reaktion auf jüngste Vorwürfe in Berichten des US-Außenministeriums sowie westlicher Menschenrechtsorganisationen zur Religionspolitik hat die chinesische Regierung im Oktober ein Weißbuch mit dem Titel „Über die Religionsfreiheit in China“ herausgegeben. (Presseamt des Staatsrates, Oktober 1997, abgedruckt in: *Beijing Rundschau*, 1997/44, S.16-26; siehe auch NZZ, 18./19.10.1997.)

In dem Weißbuch steht, daß die Religionsfreiheit in China heute in einem umfassenden Sinne gesichert sei. „Entsprechend einer unvollständigen Statistik zählt China gegenwärtig über 100 Millionen Anhänger verschiedener Religionen, mehr als 85.000 religiöse Versammlungsstätten, rund 300.000 religiöse Geistliche und mehr als 3.000 religiöse Gemeinschaften, ferner 74 religiöse Lehranstalten zur Ausbildung von religiösen Geistlichen“. Unter den 100 Mio. Gläubigen finden sich, so die offiziellen Angaben, neben einer Mehrzahl meist nicht überregional organisierter Buddhisten und Daoisten auch 18 Mio. Musli-

me, 10 Mio. protestantische und 4 Mio. katholische Christen. Die Pflicht zur Registrierung von religiösen Gruppen und Versammlungsstätten wird in dem Weißbuch hervorgehoben. Die Repression gegenüber Gruppen, die unter dem Deckmantel der Religion illegalen oder gar spalterischen Aktivitäten nachgingen (angesprochen wird hiermit die Lage in Tibet und in muslimisch geprägten Regionen), wird gerechtfertigt.

Die Zahl der christlichen Gläubigen liegt nach vorsichtigen Schätzungen westlicher Missionsgesellschaften im Unterschied zu den Angaben Beijings bei etwa 15 Mio. für die Protestanten und bei rund 10 Mio. für die Katholiken (unter Einschluß der vatikantreuen Untergrundkirche).

Nach Einschätzung der vom China-Zentrum in Sankt Augustin herausgegebenen Zeitschrift *China heute*, die sich speziell mit Fragen der Religion im chinesischen Raum befaßt, stellt das Weißbuch zusammen mit anderen nahezu gleichlautenden Regierungsverlautbarungen eine „neue offizielle ‚Sprachregelung‘ in Sachen Religionspolitik“ dar. (*China heute*, XVI. Jahrgang, Heft 5, S.130-131 sowie auch 137-141) Zur Vertiefung in Fragen der chinesischen Religionspolitik seien die Dokumentationen und Analysen in der Zeitschrift des China-Zentrums nachdrücklich empfohlen.

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* brachte aus Anlaß der USA-Reise des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin einen aktuellen Bericht zur Lage der Religionsfreiheit in China heraus. (NZZ, 22.10.1997) Der Bericht kommt zu einer differenzierten Einschätzung. Einerseits unterstunden religiöse Aktivitäten weiterhin strengen staatlichen Beschränkungen. Andererseits seien noch vor wenigen Jahren übliche Menschenrechtsverletzungen gegenüber Gläubigen wie körperliche Mißhandlungen oder langjährige Haftstrafen jüngst zurückgegangen; systematische Gewaltanwendung gegen Gläubige lasse sich 1997 - anders als in vorangegangenen Jahren - nicht nachweisen. Ursache hierfür sei eine strikter regulierte bürokratische Aufsicht über religiöse Aktivitäten, die zusehends an die Stelle willkürlicher Ad-hoc-Maßnahmen der lokalen Polizei trete. Die chinesischen Behörden unternähmen derzeit beträchtliche Anstrengungen zur Registrierung von religiösen Gruppen sowie von deren Versammlungsstätten, Veröffentlichungen und Finanzierungsmittel.

Ziel der chinesischen Regierung ist es offenkundig, das Religionswesen in einem umfassenderen Sinne zu regulieren als bisher. Dabei wird legal registrierten Religionsgemeinschaften im Rahmen der Gesetze die Ausübung ihres Glaubens zugesichert. Illegale, das heißt nichtregistrierte und „häretische“ Gruppen werden jedoch unter Berufung auf Rechtsverstöße zerschlagen. An die von Willkür geprägte herkömmliche chinesische Religionspolitik tritt damit eine Religionsregulierung mit Hilfe restriktiver Gesetze. -hei-

9 China unterzeichnet die Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte - Ratifizierung erst nach weiterer Prüfung

Der chinesische Botschafter bei den Vereinten Nationen hat am 28. Oktober die Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet. Dieser multilaterale Vertrag, der 1966 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde und 1976 nach dem Beitritt von 35 Staaten in Kraft trat, wird meist kurz „Sozialpakt“ genannt. Die Unterzeichnung durch die chinesische Regierung stand im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch Jiang Zemin in den Vereinigten Staaten und läßt sich als Geste guten Willens gegenüber westlichen Menschenrechtsforderungen interpretieren. (SCMP, 8./27./29.10.1997)

Auch wurde im Oktober eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen, die sich mit der Untersuchung willkürlicher Verhaftungen befaßt, zu einer zehntägigen Reise nach China eingeladen. Die Arbeitsgruppe wird für die Genfer UN-Menschenrechtskommission einen Bericht über das chinesische Haft- und Strafvollzugssystem sowie über die Auswirkungen des novellierten Strafprozeßgesetzes verfassen.

Der Sozialpakt umfaßt unter anderem die Rechte auf Arbeit, soziale Sicherheit, angemessenen Lebensstandard und Bildung. In diesen Punkten entspricht der Sozialpakt ohne weiteres sozialistischen Vorstellungen von sozialen Grundrechten. Zu den aus chinesischer Sicht heiklen Rechtsgarantien des Sozialpaktes gehören die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit und das Streikrecht. Der Sozialpakt unterwirft diese Rechte allerdings in Artikel 8 ge-

wissen Einschränkungsmöglichkeiten: Die Ausübung der Rechte wird dem Interesse der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung gegenübergestellt. Auch das Streikrecht wird laut Sozialpakt nur gewährt, „so weit es in Übereinstimmung mit der innerstaatlichen Rechtsordnung ausgeübt wird“.

Die chinesische Regierung wird solche vagen, einschränkenden Formulierungen zweifellos zur Rechtfertigung einer restriktiven Praxis nutzen. Den im Hinblick auf Freiheitsrechte wesentlich weitergehenden Verpflichtungen der Internationalen Konvention über bürgerliche und politische Rechte („Zivilpakt“) weicht die VR China weiterhin aus.

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums stellte unmittelbar nach der Unterzeichnung des Sozialpaktes klar, daß die Regierung vor einer Ratifizierung und innerchinesischen Inkraftsetzung noch eine Phase der Prüfung beanspruche. Deshalb könne noch kein Zeitpunkt für eine Ratifizierung des Paktes genannt werden. Im Lichte dieser Aussagen erscheint die Unterzeichnung des Sozialpaktes lediglich als an die internationale Öffentlichkeit gerichtete politische Beschwichtigungsgeste, die vorerst keinerlei Bedeutung für die politische und rechtliche Praxis in China haben wird. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

10 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

In China führt der Staat ein umfangreiches Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch. Damit wird das Ziel verfolgt, eine wissenschaftlich-technische Elite auszubilden, die im 21. Jh. in der Lage ist, in Chinas wissenschaftlich-technischer Entwicklung eine führende Rolle zu spielen. Das Programm wurde vor zwei Jahren vom Personalministerium und sechs weiteren Ministerien und staatlichen Organisationen gegründet, und zwar der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und

Technik, der Staatlichen Bildungs-kommission, dem Finanzministerium, der Staatlichen Planungskommission, der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik und der Chinesischen naturwissenschaftlichen Stiftung. Im Rahmen des Programms ist vorgesehen, bis zur Jahrhundertwende herausragende junge Wissenschaftler auszuwählen. Um in den Kreis dieses privilegierten Nachwuchses aufgenommen zu werden, müssen die Kandidaten einen landesweiten Auswahlprozeß durchlaufen. Wenn sie diesen bestanden haben, werden sie in bezug auf Forschungsmittel, Erwerb wissenschaftlicher Titel, Stellenwechsel und Lebensbedingungen bevorzugt behandelt. Pro Jahr investiert der Staat 60 Mio. Yuan in das Projekt.

Insgesamt sind bisher 683 jüngere Wissenschaftler und Techniker, die alle unter 45 Jahre alt sind, für das Programm ausgewählt worden. Die Auswahl erfolgt einmal im Jahr und soll noch zweimal durchgeführt werden. Dabei soll ein Wettbewerbsmechanismus gelten, d.h. diejenigen, die mit ihrer Qualifikation zurückfallen, werden wieder ausgeschlossen. (XNA, 28.10.97)

In dem Programm geht es darum, die Grundlagenforschung zu stärken (vgl. dazu C.a., 1996/9, Ü 10). Da seit Beginn der Reformperiode in China tendenziell die anwendungsorientierte Wissenschaft im Vordergrund steht und die Grundlagenforschung demgegenüber zurücktritt, hat China inzwischen einen Mangel an Nachwuchskräften für die Grundlagenforschung zu verzeichnen. Zugleich aber hat man erkannt, daß China die für das nächste Jahrhundert angestrebte Stellung als Wissenschaftsmacht nur erlangen kann, wenn es auch auf dem Gebiet der Grundlagenforschung stark ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das, was in China als Grundlagenforschung bezeichnet wird, durchweg sehr stark auf eine spätere Anwendbarkeit der Forschungsergebnisse ausgerichtet ist. Dennoch ist bemerkenswert, daß gezielte Maßnahmen zur Ausbildung einer Wissenschaftselite für das kommende Jahrhundert ein wichtiger Bestandteil der chinesischen Wissenschaftspolitik sind. -st-

11 Strenge Kriterien für Vergabe von Diplomen

Obwohl am 1. Oktober die Bestimmungen über nichtstaatliche Schulen in Kraft getreten sind und darin die